



Regierungsratsbeschluss vom 14. März 2023

Ratschlag betreffend Änderung des Gesetzes betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG)

P230318

Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Intensivierung der Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt

P195096

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, dem vorgelegten Entwurf zu einer Änderung des Gesetzes betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG) sowie zur Aufhebung von § 56a und § 91 Abs. 8 lit. e des Schulgesetzes zuzustimmen.
3. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten als erfüllt abzuschreiben.

Begründung

Die frühe Deutschförderung ist wichtiger Pfeiler der frühen Förderung. Deutschkenntnisse sind für die weitere Entwicklungsbiographie von grundlegender Bedeutung. Sie bilden die Basis für den späteren Bildungserfolg und die Integration. Mit der obligatorischen Deutschförderung vor dem Kindergarteneintritt sollen die Unterschiede in den Sprachkompetenzen der Kinder verringert werden, um die Kinder gut auf den Eintritt in den Kindergarten vorzubereiten. Im Sinne der Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Intensivierung der Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, den Förderumfang des Obligatoriums in Spielgruppen mit Deutschförderung von zwei auf drei Halbtage pro Woche zu erhöhen und die gesetzliche Grundlage für die obligatorische Deutschförderung vor der Einschulung vom Schulgesetz ins Kinder- und Jugendgesetz zu überführen.

